

Wirtschaftsdebakel in der Sowjetunion

Am Ende der Konzepte?

Die Wirtschaftsdebatte in der Sowjetunion, vor fünf Jahren in voller Hefigkeit entbrannt, scheint langsam einzuschlafen. Die Vielzahl formulierter Reformkonzepte ertrinkt im bodenlosen Abgrund der Wirtschaftskrise, in der Unfähigkeit, die Reformvorschläge zu realisieren, und im pragmatischen, aber konzeptlosen Handeln der Regierung.

Roland Brunner

Letztes Jahr beschleunigte sich auf dem Hintergrund einer akuter werdenden Versorgungslage und Rückgängen in der Produktion die Diskussion um die zu ergreifenden Massnahmen (vgl. das Dossier in BRESCHER Nr. 90-12). Der Schatalin-Plan forderte noch den Übergang zur Marktwirtschaft in 500 Tagen durch rasche Privatisierungen. Während die Russische SFSR diesen Plan annahm, wurde er von der Zentralregierung der UdSSR abgelehnt.

Katastrophale Wirtschaftsentwicklung

Nach offiziellen Moskauer Angaben ist das sowjetische Sozialprodukt im ersten Quartal 1991 um acht Prozent gesunken. Die «Moskau News» gibt gar für den Februar 1991 allein einen Rückgang von 10 Prozent an. Das Haushaltsdefizit erreichte in der gleichen Zeit 31,1 Milliarden Rubel und überschritt damit den ursprünglich für das ganze Jahr vorgesehenen Betrag (26,7 Milliarden). Die Ausfuhren gingen gar um 33,8 Prozent zurück. Vor allem der völlige Kompetenzwirrwarr im Aussenhandel und bei der Devisenzuteilung führt zur vollständigen Lähmung der Exportwirtschaft.

Exemplarisch ist der Niedergang der Ölindustrie: Seit zwei Jahren geht die För-

derung mit zunehmender Geschwindigkeit zurück. 1990 wurde mit 570 Millionen Tonnen bereits das Förderniveau von 1978 unterschritten. Westliche Experten halten es für nicht ausgeschlossen, dass das grösste Ölförderland der Welt schon 1993 Öl importieren muss. Die Ursachen: Die Ergiebigkeit der Ölfelder sinkt beständig. 60% der Förderanlagen sind veraltet. Für den Kauf von Förderanlagen im Ausland fehlen die Devisen. 70% der sowjetischen Ölfeldanlagen kommen aus dem krisengeschüttelten Aserbeidschan. («Die Zeit», 26.4.91)

Eine neue Studie der US-amerikanischen Geheimdienste CIA und DIA («Jenseits der Perestroika: die sowjetische Ökonomie in der Krise») zuhanden des Senats kommt zu noch düsteren Perspektiven: Die sowjetische Wirtschaft durchläufe eine Krise, die mit derjenigen der Weimarerrepublik oder der grossen Depression der 30er Jahre in den USA zu vergleichen sei («La Repubblica», 18.5.91). Der Direktor des Büro UdSSR des CIA, *George Kolt*, hält fest: **«Das sowjetische Sozialprodukt droht dieses Jahr um 15% zurückzugehen, und die Inflation wird gegen 100% erreichen.»** Vorausgesetzt wird eine Arbeitslosigkeit von 25 Prozent! Die sowjetische Leichtindustrie steht mangels Devisen vor dem Kollaps. Laut «Moskau News» standen am 20. Februar 1991 rund 300 Betriebe teilweise oder völlig still, da es an Importrohstoffen mangelt.

Zunehmende Aussenverschuldung

Die Sowjetunion müsste zudem dieses Jahr die Hälfte der 40 Milliarden Dollar zurückzahlen, die sie als Kredite von ausländischen Banken erhalten hat. Hier liegt auch der Hintergrund für die Bemühungen Gorbatschows, in den Klub der

Sieben grossen Industrienationen aufgenommen zu werden, sei es auch nur als Beobachterin. Dies würde die Chance erhöhen, Regierungskredite zu erhalten, die normalerweise tiefer verzinst werden müssen und längere Laufzeiten aufweisen. Laut Berechnungen des IWF benötigt die UdSSR zwischen Juli 1991 und Juli 1992 die enorme Menge von 20 bis 30 Milliarden Dollar neuer Kredite, um überhaupt überleben zu können. Die Chancen, dieses Geld auch tatsächlich zu erhalten, sind jedoch gering. Die USA haben schon klargemacht, sie wollten nicht noch einmal den selben Fehler wie im Falle Polens während der 70er Jahre begehen, als in eine marode Staatswirtschaft Millionen hineingebuttert wurden...

Regieren mittels Notstandsmassnahmen

Da der Regierung die Leitung der Wirtschaft immer weiter entglitt und sich die sowjetische Mafia in Zusammenarbeit und teilweise in Personalunion mit Teilen der Partei- und Staatsbürokratie sich in diesem Vakuum breit machte, sah sich die Regierung zu Notstandsmassnahmen gezwungen. In dieser Situation kam es zu einem Zusammengehen von *Michail Gorbatschow* und *Boris Jelzin*, dem Präsidenten der russischen Republik, im sogenannten Frieden von Nowoje Ogarjowo.

Die Übereinkunft sollte ein unkontrolliertes Zerfallen der Sowjetunion durch einen neuen Unionsvertrag, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Ausschreibung neuer Wahlen verhindern. Der Zusammenschluss gegen die Krise und das konservative Lager in der Partei sollte die sowjetische «Übergangsgesellschaft» wenigstens lenkbar halten. Am 25. April beschloss das Zen-

tralkomitee der KPdSU eine Resolution über die Situation im Land und den bei der Überwindung der Wirtschaftskrise zu beschreitenden Weg: Notstandsmassnahmen bei der Energieversorgung, dem Transportwesen und der Metallurgie. Als Clou wurde ein Streikverbot vor allem für die Belegschaften der Kohlengruben diskutiert. Am 17. Mai unterzeichnete Gorbatschow dann das Dekret, das in allen Schlüsselbereichen der Industrie der Sowjetunion das Streiken verbietet.

Michail Botscharow, Leiter des Obersten Wirtschaftsrates der Russischen Föderation, schlägt gar vor, für zwei Jahre die Arbeit aller politischen Parteien zu verbieten und das Land von einem Expertenkabinett regieren zu lassen. Botscharow nennt dies «Diktatur der Vernunft» und verweist auf Südkorea und Chile als Vorbilder.

Dem Antikrisenprogramm schlug aber von allen Seiten harte Kritik entgegen. Während die Gewerkschaften und die demokratische Bewegung vor allem die Einschränkung der demokratischen Rechte durch die Notstandsmassnahmen anprangerten, verurteilten Wirtschaftsexperten die Massnahmen als Totgeburt und von Anfang an zum Scheitern verurteilt: «Experten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank haben der UdSSR für 1991 eine Inflationsrate von 50 Prozent vorausgesagt. Es wird tatsächlich eine Inflationsrate von 50 Prozent geben, allerdings nicht im Jahr, sondern jeden Monat.» (Wladimir Gurewitsch, in: «Moskau News», Juni 1991)

Neue Preise – alte Zustände

Die Preisreform vom 2. April 91 – beschlossen bereits 1988, doch infolge der sozialen Proteste immer wieder hinausgeschoben – gab dieser inflationären Entwicklung einen weiteren Schub. Die

Preise für Grundnahrungsmittel wurden verdoppelt bis verdreifacht. Da die Preise aber weiterhin grossenteils staatlich festgelegt sind, wird sich keines der anstehenden Probleme dadurch lösen lassen: Einen kurzen Moment des Preisschocks lang sind mehr Güter als vorher erhältlich. Danach wird aber der alte Mangel wieder hervorkommen, da die Menge der produzierten Güter kaum zunehmen dürfte.

Nikolai Petrakow, zurückgetretener Wirtschaftsberater Gorbatschows, kritisiert denn auch in einem Gespräch die getroffenen Massnahmen: «Es wird gesagt, man müsse die Preise erhöhen, um die Produktion zu stimulieren. In der Marktwirtschaft sind die Preise wirklich ein Stimulus, bei uns aber gewinnt ein Betrieb nichts, wenn hohe Preise von oben festgesetzt werden: Weder der Investitionsfonds des Betriebes, noch die Belegschaft bekommen etwas, fast alles fliesst durch die Umsatzsteuer und andere Steuern wieder ab.» Er schätzt zudem, dass allein für die Auszahlung der beschlossenen Kompensationsgelder 34 Milliarden Rubel Papiergeld gedruckt werden müssen. Dazu kämen nochmals etwa 16 Milliarden für andere Programme. Innerhalb von drei Jahren (1989-91) wird damit der Geldumfang des Landes verdoppelt – ohne dass dieser gewachsenen Geldmenge auch eine grössere Menge an käuflichen Konsumgütern entspricht.

Ludmilla Telen spricht denn auch Klartext, was die sozialen Auswirkungen einer solchen Politik betrifft: «Die Preisreform hat den Haushalt jener am stärksten getroffen, die ganz besonders des sozialen Schutzes bedürfen. Kinderreiche Familien, Invalide, Veteranen – sie sind es, die den höchsten Preis für die Reformen des Pawlow-Kabinetts zahlen müssen.»

Ende der Konzepte?

Leonid Grigorjew schätzt die Situation äusserst negativ ein: «Schon zu Anfang der Wirtschaftsreformen in der UdSSR war es klar, dass sich die Krise nicht abwenden lässt. Sie war der unabwendbare Preis der ineffektiven Wirtschaftsstruktur, der ungünstigen Standortverteilung der Produktivkräfte und der masslos aufgeblähten Schwer- und Rüstungsindustrie. (...) Diese Krisen sind jedoch unausweichlich und notwendig, damit das Land aus der totalen Sackgasse herauskommt. Die jetzige Krise in der Sowjetunion lässt aber keine grosse Hoffnung auf einen Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem erwachsen, sie artet immer mehr in eine allgemeine Zerrüttung aus, was man bei einer organisierten Durchführung der Reformen hätte verhindern können.» Er hält dann fest: «Im gegenwärtigen Stadium reproduziert sich die Krise selbst – ohne böse Absichten irgendwelcher Subjekte.»

In dieser Situation scheinen alle Reformkonzepte und Vorschläge für die Umgestaltung der Wirtschaft nicht einmal das knappe Papier wert, auf dem sie geschrieben werden – kommen sie nun aus der ideologisch-marktwirtschaftlichen oder der ideologisch-planwirtschaftlichen Ecke. Solange die politische Kraft fehlt, die bei wirtschaftlichen Prozessen handlungsfähig ist, zielen all diese Modelldiskussionen an den realen Problemen der sowjetischen Ökonomie vorbei. Erfolgversprechender sind in dieser Situation bestimmt die Massnahmen der internationalen Banken, die mittels sektorspezifischen Marktanalysen kleine Spielräume ausloten – auch wenn von diesen kleinen Nischen aus eine Modernisierung und Gesundung der gesamten sowjetischen Industrie schwer vorstellbar ist.